Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk. durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 9 — Nebra, Sonnabend, 29. Januar 1898. — 11. Jahrgang.

Die Abschaffung der Kautionen der Reichsbeamten.

Dem Reichstage ist die angekündigte Vorlage wegen Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten zugegangen. Formell handelt es sich hier um die Aufhebung des Gesetzes vom 2. Juni 1869, das denjenigen Reichsbeamten, denen die Verwaltung einer dem Reiche gehörigen Kasse, oder eines dem Reiche gehörigen Magazins oder die Annahme, die Aufbewahrung oder der Transport von dem Reiche gehörigen oder ihm anvertrauten Geldern oder geldwerten Gegenständen obliegt, eine entsprechende Kautionsstellung für die Dauer des Dienstverhältnisses zur Pflicht macht. Auf Grund dieses Gesetzes haben beispielsweise die Postsekretäre bei ihrer Anstellung eine Kaution von 1500 Mk., Postassistenten eine solche von 900 Mark, Postgehilfen eine Kaution von 600, und Postunterbeamte eine solche von 200 bezw. 300 Mk. zu stellen. In Ausnahmefällen ist den Beamten die Beschaffung der Kaution durch Ansammlung von Gehaltsabzügen gestattet.

Von dieser Verpflichtung sollen sämtliche Reichsbeamte mit Ausnahme der Reichsbankbeamten jetzt befreit werden, die bereits gestellten Kautionen sind nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückzuzahlen. Wo Ersatzansprüche vorliegen, bleibt die gestellte Kaution haftbar und ihre Rückgabe in Höhe der Ansprüche wird bis zur endgültigen Entscheidung ausgesetzt. Die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten wird von diesem Gesetz um deswillen nicht berührt, weil sie nicht auf dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1869 beruht, sondern im Bankgesetz und durch Verordnung vom 23. Dezember 1875 festgesetzt ist. Die Kautionspflicht dieser Beamten kann deshalb auch nur auf dem Verordnungswege abgeändert werden.

Der Umfang der Wirkung dieses Gesetzes und die den Beamten damit erwiesene Erleichterung wird durch einen Blick auf die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung ersichtlich. Am 1. Juli 1897 betrug die Zahl der kautionspflichtigen Postbeamten 120 171 und der Gesamtbestand ihrer gestellten Kautionen 47 851 044 Mark. Die Verwaltung dieses Kautionsbestandes erforderte rund 52 Beamtenkräfte und einen Kostenaufwand von 154 623 Mk. Dabei sind in der Postverwaltung in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt jährlich 166 608 Mk. Defekte festgestellt worden, von denen jedoch nur 18 626 Mk. jährlich an Kautionen Deckung fanden.

In der Handelsverwaltung beträgt die Zahl der gestellten Kautionen 6,3 Mill. Mk., die jährlichen Defekte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 18 991 Mk., gedeckt wurden aus Kautionen durchschnittlich jährlich 4736 Mk. gleich 25 Prozent. Das Kautionswesen in der Verwaltung der Reichseisenbahn, in der Marineverwaltung und bei den übrigen Reichsämtern ist nur geringfügig und kommt hier weniger in Betracht.

Auf Grund dieser rechnerischen Ergebnisse ist festzustellen, daß die Schadloshaltung des Reiches an Kautionen gegenüber der Höhe der Defekte geringfügig ist und auch nicht annähernd die Verwaltungskosten des Kautionswesens deckt. Nicht die Kautionen schützen den Beamten und das Reich vor Veruntreuung, sondern das bei dem intakten Beamtenstande in hohem Grade vorhandene Pflichtgefühl. Die Sicherheit der Finanzverwaltung des Reiches wird sonach durch den Wegfall der Kautionen in keiner Weise berührt, und Bedenken an der Beseitigung der Kautionen können sonach nicht obwalten.

Auf der andern Seite liegt in der Beseitigung der Kautionen eine große Erleichterung für die Beamten selbst, und dies ist der durchschlagende Grund für ihre Beseitigung gewesen. Die Mehrzahl der Beamten ist nicht in der Lage, die Kautionen aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe von Verwandten und Freunden zu stellen und ihnen erwachsen aus jener Verpflichtung dabei regelmäßig schwere wirtschaftliche Nachteile. Beschaffen sie sich die Kaution von einer Lebensversicherungs-Gesellschaft, so haben sie die Prämienlast für die abgeschlossene Versicherung, sie haben außerdem die Kaution mit 5 Prozent zu verzinsen und erhebliche Beiträge zum Kautionsfonds zu entrichten. Noch höher sind die Lasten, wenn der Beamte sich an Kautionsbanken oder Privatdarleiher wendet. Aus allen diesen Gründen kann man die Vorlage dieses Gesetzes nur mit Freuden begrüßen und es darf erwartet werden, daß der Reichstag ihm ungesäumt seine Zustimmung erteilt.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Montag bei Fortsetzung der Beratung des Reichsamts des Innern seitens der Abgg. v. Czarlinski (Pole), Graf Stolberg (kons.), Frhr. v. Hertling und Hitze (Zentr.) Beschwerde über das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz erhoben. Die Redner des Zentrums befürworteten eine Ausscheidung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten aus dem Gesetze. Staatssekretär Graf Posadowsky verhielt sich gegenüber diesen Anregungen, die er für ganz indiskutabel bezeichnete, ebenso ablehnend wie gegenüber dem Verlangen nach Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Altersrente. Abg. Barth kritisierte das Börsengesetz, dessen Ausführung nur zu einer Zerstörung der Berliner Produktenbörse geführt und folglich auch den Landwirten geschadet habe. Die Abgg. Graf Arnim und Gamp (freik.) und Paasche (nat.-lib.) traten den Ausführungen des Abg. Barth entgegen.

Am 25. d. wird die zweite Etatsberatung beim Reichsamt des Innern, Titel „Börsenausschuß", fortgesetzt.

Abg. Barth (fr. Vgg.): Graf Arnim stellte gestern noch eine Verschärfung des Börsengesetzes in Aussicht für den Fall, daß das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Börsenausschusses in Sachen der Freienpalastversammlung der Berliner Getreidehändler bestätigen sollte. Er darf sich davon aber nicht allzuviel versprechen, denn die Getreidehändler denken gar nicht daran, in den Freienpalast zurückzukehren. Abg. Paasche wollte uns für die Mängel des Börsengesetzes verantwortlich machen. Darin liegt doch wohl ein Zugeständnis, daß die Agrarier nicht über die genügende Sachkunde verfügten, um ein wirksames Gesetz zu schaffen, denn sonst hätten sie es doch nicht zugelassen, daß wir ihr Werk verschlechterten. Die Bestimmungen aber, die den meisten Schaden angerichtet haben, sind von den Agrariern selbst in das Gesetz gebracht worden, vor allem das Verbot des Getreideterminhandels.

Abg. Hahn (wildkons.): Daß der Terminhandel nicht im Interesse der natürlichen Preisbildung liegt, ist in der Börsen-Enquete-Kommission auch von Berliner Börsenleuten ausdrücklich anerkannt worden. Mit Beseitigung des Terminhandels ist die Preisbildung eine ruhigere und gesundere geworden. Eine geregelte Preisbildung auf mittlerer Basis ist es aber, auf die die Wünsche der Landwirte hinausgehen. Jetzt muß noch der Berliner Frühmarkt als Börse erklärt und ebenso wie das Kassengeschäft in der Heiligengeistgasse unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Dann werden wir eine naturgemäße, gesunde Preisentwickelung haben.

Abg. Paasche (natl.): In der Kommission konnte man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Freisinnigen darauf ausgingen, das Gesetz so zu verschlechtern, daß es für die Regierung unannehmbar würde. Mit der Aufhebung des Terminhandels haben wir der deutschen Landwirtschaft unzweifelhaft einen großen Dienst geleistet.

Abg. Fischbeck (fr. Vp.): Der einzige Erfolg des Börsengesetzes ist thatsächlich der, daß der Terminhandel eingeschränkt worden ist. Aber gespielt wird nach wie vor, nur das solide Geschäft hat sich zurückgezogen. Die Vernichtung der Produktenbörse muß entschieden schädigend auf die Landwirtschaft wirken. Auf die Dauer wird man ohne Terminhandel im Getreidegeschäft gar nicht auskommen können. Wir brauchen eben ausländisches Getreide und können uns die regelrechte Zufuhr zu angemessenen Preise nur mittels des Terminhandels sichern. Die Berliner Getreidehändler haben durchaus korrekt gehandelt. Wie schlecht das Gesetz ist, wird erst klar werden bei sinkender Konjunktur.

Abg. Graf Arnim (freik.): Eine erhöhte preissteigernde Wirkung konnte das Börsengesetz allein nicht haben, so lange nicht andere Staaten im gleichen Sinne vorgingen. Die Regierung hat aber leider keine Schritte gethan, um eine internationale Vereinbarung über die Reform der Börsen zu erzielen. Eins hat aber unser Gesetz erzielt: die größere Stetigkeit der Preisbildung. Allgemeine Vorwürfe, wie sie Abg. Fischbeck gegen die Anhänger des Gesetzes und besonders gegen den Bund der Landwirte gerichtet hat, muß ich entschieden zurückweisen. Das ganze Gesetz muß aber strenger gehandhabt werden. Zum Schluß bitte ich, dem Reichstag das gesamte Material aus dem Prozeß wegen der Freienpalast-Versammlungen zugehen zu lassen. Bleibt läßt sich darauf schließen, wie der Bezirksausschuß zu der ganz unbegreiflichen Anschauung gelangen konnte, daß jene Versammlungen nicht unter das Börsengesetz fallen.

Abg. Schwarze (Zentr.) wendet sich gegen die Abgg. Barth und Fischbeck und legt dar, daß bei schärferem Vorgehen der Behörden gegen die Berliner Produktenbörse viel bessere Wirkungen des ganzen Gesetzes für die Gesamtheit zu erzielen gewesen sein würden.

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbündler) bemerkt, die Bauern in Bayern seien mit dem Börsengesetz ganz zufrieden; höhere Preise wollten sie garnicht, als zur Zeit bestanden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Statistisches Amt" befürwortet Abg. Werner (Antis.) möglichst schleunige Beseitigung der für die Assistenten durch Einführung des Altersstufensystems hervorgerufenen Schädigungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es sei nicht angängig, die Beamten eines einzelnen Amtes herauszugreifen. Er sei aber bereit, die Verhältnisse dieser Beamten nochmals eingehend zu prüfen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Normal-Aichungs-Kommission" bringt

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) die auffallend große Zahl von unrichtig oder gar nicht gestempelten Wagen und Gewichten in der Provinz Schlesien zur Sprache.

Staatssekretär Graf Posadowsky sagt Untersuchung des Uebelstandes zu.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt" beantragt

Abg. Müller-Sagan folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, zu dem Etat für das Reichsamt des Innern auf das Rechnungsjahr 1898 noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung des Reichstages einen Ergänzungsetat vorzulegen, durch den für Kapitel 12 — Gesundheitsamt — ein neuer Titel eingestellt wird: Zur Errichtung einer Biologischen Versuchsstation für wissenschaftliche Erforschung wirtschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Tieren . . . 30 000 Mk."

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, der Reichskanzler stehe diesem Antrage durchaus wohlwollend gegenüber. Eine solche Reichsanstalt lasse sich aber nicht aus der Erde stampfen, sie müsse sich allmählich entwickeln. Man werde also wohl warten müssen bis zum Etat für 1899/1900. Dann aber werde sich die Anstalt wohl ins Leben rufen lassen.

Abg. v. Kardorff fragt, weshalb man mit den Vorbereitungen für eine biologische Versuchsanstalt nicht bereits früher begonnen habe. In anderen Ländern sei man uns auf diesem Gebiete weit voraus. Eine Konferenz sei nicht mehr nötig.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die in Aussicht genommene Konferenz sei vom Abg. Schultz-Lupitz im vorigen Jahre selbst angeregt worden. Es sei auch notwendig die Frage gründlich zu erwägen, damit man bei der Organisation des Instituts auch das Richtige treffe.

Abg. Wurm (soz.) spricht sich für sofortige Annahme des Antrages Müller aus.

Darauf vertagt sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf über die Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten entspricht dem im Abgeordnetenhause beratenen Entwurfe in der Hauptsache. Die Rückgabe der Kautionen erfolgt innerhalb einer zweijährigen Frist nach dem Inkrafttreten des Gesetzes. Die über die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten bestehenden Bestimmungen bleiben unberührt.

* Dem Reichstage sind die Entwürfe eines Gesetzes betr. Aenderungen der Konkursordnung, sowie eines zugehörigen Einführungsgesetzes nebst Begründung zugegangen.

* Von der neuen Dampferlinie welche die Hamburg-Amerika-Linie nach Ostasien bis nach Kiaotschau errichtet hat, ging das erste Schiff schon am 25. d. ab. Außerdem sind dort noch verschiedene Schiffe zur Verfrachtung nach Kiaotschau gechartert worden; es werden Kräne, Wellblechhäuser und vielfache andere Bauutensilien in großen Mengen verladen. Mit größter Regsamkeit wird an den Aufbau des neuen Kiaotschau gegangen.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." vom Dienstag abend schreibt hochoffiziös: „In verschiedenen Blättern wird es lebhaft getadelt, daß einige Landräte in der Provinz Hannover einen Aufruf unterzeichnet haben, dessen Inhalt der von der Regierung angebahnten Politik des Ausgleichs der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und des Zusammenschlusses der produktiven Stände nicht entspreche. Wir nehmen an, daß die Staatsregierung ein solches Verhalten nicht für geeignet hält und die erforderliche Korrektur eintreten lassen wird."

* Infolge der vom preuß. Eisenbahnminister an die Handelskammern gerichteten Anfrage, ob sich die Herabsetzung der Frachten für Zucker aller Art zur Ausfuhr empfehle, haben sich die kaufmännischen Körperschaften zum weitaus größten Teile für die Herabsetzung der Frachten in obigem Sinne ausgesprochen, so daß alle Aussicht vorhanden ist, daß die vom Vereine für die Rübenzuckerindustrie des Deutschen Reiches gegebene Anregung Erfüllung erhält.

* Ueber die Maßregeln zur Verbesserung der Hochwasser-Verhältnisse im Oder-Stromgebiet wird in der nächsten Zeit ein ausführliches Gutachten vom Ausschuß zur Untersuchung der Wasserverhältnisse in den der Ueberschwemmungsgefahr besonders ausgesetzten Flußgebieten abgegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Eine in Wien eingetroffene Abordnung sächsischer Frauen aus Siebenbürgen, die dem Kaiser Franz Joseph eine Adresse mit der Bitte, das ungarische Gesetz über die Ortsnamen nicht zu sanktionieren, überreichen will, wird, wie verlautet, vom Kaiser nicht empfangen, sondern mit ihren Wünschen an die ungarische Regierung gewiesen werden.

* Der Statthalter von Böhmen Graf Coudenhove ist nach Wien berufen worden. Man bringt diese Berufung mit einem Statthalterwechsel in Böhmen in Verbindung. Graf Coudenhove soll durch den früheren Statthalter Grafen Franz Thun ersetzt werden, weil er das Verbot des Farbentragens auf eigene Faust erlassen hat.

* Aus Kroatien laufen abermals beunruhigende Meldungen ein. Zu der seit den Landtagswahlen herrschenden Gärung traten die Folgen der Mißernten hinzu. In einigen Bezirken herrscht Hungersnot. Dadei trägt die Regierung selbst die Erregung ins Volk, da sie alles mit roher Gewalt entscheidet. Die Sitzungen des Landtages nehmen einen geradezu skandalösen Verlauf; die Führer der Opposition, die den Kern des Kroatentums vertreten, werden von dem Regierungstroß auf dreißig, sechzig, ja achtzig Sitzungen, also auf ganze Tagungen, ausgeschlossen. Der Banus wagt den stürmischen Sitzungen gar nicht beizuwohnen.

Frankreich.

* Bezüglich der Petersburger Meldung über die scharfe Haltung Rußlands in Sachen Talienwans (England verlangt die Oeffnung dieses Hafens, wogegen Rußland protestiert) erfährt die „Köln. Ztg." aus zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung lebhaft besorgt sei über die neueste Wendung und, selbst einer milderen Auffassung und Behandlung der Dinge zuneigend, ihren Botschafter angewiesen habe, in London beruhigend und vermittelnd einzuwirken, um ernstere Verwickelungen zwischen Rußland und England zu verhüten.

* Die Kammer nahm trotz des Einspruchs des Kriegsministers Billot mit 234 gegen 208 Stimmen einen Antrag Berry an, nach welchem eine Erinnerungsmedaille an den Krieg 1870/71 gestiftet werden soll.

* Die Erklärungen v. Bülows in der Budgetkommission des deutschen Reichstags haben in Paris den Eindruck gemacht, den jedermann voraussah: die Anhänger Dreyfus' erblicken darin den vollen Beweis der Unschuld des Deportierten, während die Regierungsorgane, wie „Eclair" den Versicherungen v. Bülows jede Glaubwürdigkeit absprechen. Trotzdem herrscht die Ueberzeugung, daß Mélines Tage gezählt sind und das neue Ministerium die Prozeßrevision vornehmen wird. Zolas Freunde bemühen sich, den Grafen Münster zur persönlichen Zeugenaussage in dem bevorstehenden Prozesse zu bewegen.

* Zola und der Direktor der „Aurore" überreichen dem Staatsanwalt eine Liste der von ihnen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vorgeschlagenen Zeugen. Die Zahl derselben beträgt 104. Es befinden sich darunter Casimir Perier, die früheren Minister Dupuy, Guérin, Develle, Ribot und Darlan, die Generale Mercier, Boisdeffre, Gonse und Pellieux, die Obersten du Paty de Clam, Picquart und Henry, die Majors Esterhazy und Forzinetti, Frau Dreyfus und Frau Boulancy sowie zahlreiche Sachverständige, Gelehrte und Schriftsteller, endlich Mitglieder der russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und englischen Botschaft. Einzelne Blätter heben die außerordentliche Bedeutung hervor, welche der Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow in der Dreyfussache gerade im gegenwärtigen Augenblicke zuzuschreiben ist. Zola verlangt Abschrift sämtlicher Aktenstücke aus dem ersten Dreyfus-Prozeß sowie des Briefes, auf Grund dessen die Veruurteilung Dreyfus' erfolgte.

* Bisher erhielt Zola über zehntausend Zustimmungs-Depeschen aus dem In- und Auslande. Der Vorsitzende des Schwurgerichts wird zweifellos die Oeffentlichkeit so weit als möglich beschränken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980129-10/fragment/page=0001

England.

* Der Maschinenbauerstreik in England scheint nun doch einem verhältnismäßig friedlichen Ende entgegenzugehen. Es ist dem Herausgeber der „Daily News" gelungen, zwischen den Vertretern beider Parteien eine Konferenz herbeizuführen. Auf derselben wurde beschlossen, daß mit den Forderungen der letzten Konferenz diejenigen mildernden Erklärungen vereinigt werden, welche die Unternehmer am 10. Januar veröffentlichten, ehe sie wußten, daß die Maschinenbauer die Forderung des Achtstundentages aufgeben würden. Der Vorstand der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer erklärt nunmehr in einem Zirkular die Forderungen der Unternehmer für annehmbar und empfiehlt den Gewerkvereinen dafür zu stimmen. — Es wird auf diese Art vermieden, daß die Erbitterung in den Kreisen der Gewerkschaften über die völlige Niederlage der Maschinenbauer eine dauernde bleibt, und zugleich der Anschein aufrecht erhalten, daß es den Unternehmern um die Vernichtung der Gewerkschaften an sich zu thun gewesen wäre. Die Arbeitgeber konnten sich um so leichter auf dieses Kompromiß einlassen, als ja ihr Zweck: der Widerstand gegen den Achtstundentag und die Beseitigung der ungehörigen Einmischung der Gewerkvereine in die Fabrikleitung so wie so erreicht ist.

Italien.

* Römischen Blättern zufolge soll der Ministerrat am Dienstag abend beschlossen haben, angesichts der durch die Brotverteuerung hervorgerufene Erregung eine Jahresklasse der Reserve einzuberufen. Die „Agenzia Stefani" konstatiert dagegen, daß der Ministerrat sich darauf beschränkte, den Kriegsminister und den Minister des Innern zu ermächtigen, nötigenfalls eine Jahresklasse einzuberufen. (Das ist so ziemlich dasselbe.)

Amerika.

*Nach Cuba wird von den Ver. Staaten in der That ein Kriegsschiff entsandt. Das Kriegsschiff „Maine" hat Befehl nach Havana erhalten. Eine lange halbamtliche Erklärung ist veröffentlicht worden, in der zu verstehen gegeben wird, daß dieser Maßnahme keine feindseligen Absichten zu Grunde liegen; es werde damit vielmehr der frühere Seeverkehr wieder aufgenommen, der vor dem Aufstande auf Cuba bestand, zu welcher Zeit amerikanische Kriegsschiffe ohne Beschränkung Havana anliefen.

Afrika.

*Der Sudanfeldzug wird vorläufig nicht fortgesetzt. Der Sirdar hat den in Aegypten stationierten Offizieren telegraphiert, nilaufwärts zu gehen sei vor dem nächsten Steigen des Nils unzweckmäßig, auch sagt er, die Derwische seien jetzt ruhig und die Bewegung beendet. Die Offiziere, die in Kairo mit dem Befehl ankamen, sich zur Sudanarmee zu begeben, werden nunmehr in Kairo bleiben.

Von Nah und Fern.

Hamburg. Mit einem Stammkapital von 275 000 Mk. ist hier ein Dampfschiffs-Unternehmen unter dem Namen „Bismarck-Linie" ins Leben getreten, die vornehmlich regelmäßige Fahrten nach Skandinavien unterhalten will.

Grevenbroich. Bei Hoeningen am Rhein sind Dienstag vormittag zwei Güterzüge aufeinander gefahren. Zwei Personen sind tot, eine ist schwer verwundet. Der Materialschaden ist sehr groß, einzelne Wagen sind vollständig zertrümmert. Ueber die Ursache fehlen noch bestimmte Anhaltspunkte.

Düsseldorf. Ueber einen Einbruch in den Bahnhof Oberkassel meldet der „Gen.-Anz.": In der Freitag-Nacht wurden auf dem Bahnhofe zu Oberkassel bei Düsseldorf der Bahnhofs-Restaurateur Werner und dessen 20jähriger Sohn durch Diebe, die in die Wartesäle eingedrungen waren, schwer verletzt. Gegen 3¾ Uhr früh wurde der Restaurateur durch den Zuruf seiner Tochter, daß sich Einbrecher in den Wartesälen befänden, geweckt. Werner und sein Sohn begaben sich, jeder mit einem Stocke, der Sohn außerdem mit einem Revolver versehen, in den Wartesaal dritter Klasse, wo sie auf zwei Männer stießen, die Herrn Werner sofort angriffen. Der Sohn eilte seinem Vater, der zur Erde stürzte, zu Hilfe, und es kam zwischen den vieren zu einem heftigen Kampfe. Werners Vater erhielt eine sehr schwere Wunde über den ganzen Kopf und der Sohn Messerstiche in die linke Seite, den Kopf und in die linke Hand. Von dem Sohne erhielt der kleinere der Einbrecher durch einen Schuß eine erhebliche Verletzung in die Seite; der Getroffene fiel, erhob sich aber alsbald wieder. Inzwischen waren Frau Werner und Tochter hinzugekommen, denen es gelang, Vater und Sohn in die Küche zu ziehen, während dessen sich die Einbrecher entfernten. Die beiden Verbrecher sind auf Neuß zugegangen und noch nicht ergriffen.

Halberstadt. Die ganze hiesige, besonders die Osterwiecker Gegend wurde in letzter Zeit durch den vor Monaten aus dem Gefängnis in Osterwieck am Harz entsprungenen Döpelheuer unsicher gemacht, und wurde seitens der Staatsanwaltschaft auf seine Festnahme eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt. Am Montag gelang es nun zwei Arbeitern, den Genannten in dem braunschweigischen Gehölze „Die Affe" auf dem Wege nach Gr.-Denke mit Hilfe von noch weiteren vier Personen zu ergreifen und ihn trotz sehr heftiger Gegenwehr der Polizei zu übergeben. Diese hatte ihn, an Händen und Füßen gefesselt, nach dem Gefängnis in Wolfenbüttel gebracht, von wo er dem hiesigen Gerichtsgefängnis ausgeliefert wurde. Eine große Anzahl Osterwiecker Bürger wurde ebenfalls verhaftet, da diese der Mitwissenschaft an den Verbrechen des Döpelheuer verdächtig sind. Letzterer soll schon seit Wochen in Osterwieck übernachtet haben.

Hof. Aus Furcht vor Strafe wegen Unterschlagung eines größeren Geldbetrages hat sich ein dreizehnjähriges Mädchen aus Leipzig, die sich hier bei ihrem Großvater aufhielt, ertränkt.

Posen. Durch den Einsturz der Decke eines dem Rittergutsbesitzer v. Czarnecki gehörenden Kellers im Dorfe Raßewny bei Zerkow in Posen wurden zwei im Alter von 19 und 16 Jahren stehende Mädchen erschlagen, welche gerade mit dem Anrichten von Viehfutter beschäftigt waren. Einem Arbeitsmanne wurden beide Beine zerschmettert. Die ältere der Mädchen wollte in einigen Tagen ihre Hochzeit feiern und hatte dazu bereits alle Vorkehrungen getroffen.

Danzig. Ein humanes Institut wird demnächst auf der Vorstadt Schidlitz in Birksamkeit treten. Es ist bereits ein Haus angekauft worden, in dem 1) eine Morgenkaffee- und Mittagsküche eingerichtet werden soll, und in dem 2) Kinder aus dem Stadkreise Danzig aufgenommen werden sollen, welche besonders körperlicher Pflege bedürfen, oder deren gegenwärtige Lage eine Aufnahme für kürzere Zeit erfordert. Die Kaffeeküche soll zum 1. Februar d. eröffnet werden; die Erweiterung zu einer Volksküche soll später erfolgen. Das Institut zur Aufnahme schwächlicher und siecher Kinder soll die Bezeichnung „Luisenheim" erhalten.

Rominten. Der Waldbestand der Rominter Heide erscheint durch die Nonnenraupe stark bedroht. Die bisher getroffenen Vertilgungsmaßregeln — Tötung der Nonnen und Vernichtung der abgesetzten Eier — haben sich als unwirksam erwiesen. Infolgedessen ist von den zuständigen Behörden angeordnet worden, daß die Flächen, in denen der Nonnenfalter im vorigen Jahre aufgetreten ist, und in der die Weibchen Eier abgelegt haben, ausgeholzt werden sollen, wobei Rinde und Zweige entweder zu vergraben oder zu verbrennen sind.

Bromberg. Bei der hiesigen Schleppschiffahrts-Aktien-Gesellschaft sind großartige Unterschlagungen von mehr als 60 000 Mark festgestellt. Betriebsdirektor K. ist der Defraudant. Die Unterschlagungen haben vier Jahre lang stattgefunden.

Tilsit. Dem Gendarm Romaike ist es gelungen, in Utzlocknen eine Falschmünzer-Gesellschaft aufzuheben, die Besitzer Lagies und Septinius und ein Mädchen wurden verhaftet. In der Wohnung des ersteren wurden zahlreiche Geräte zur Anfertigung der falschen Münzen gefunden und beschlagnahmt.

Wien. Die 4prozentige Gasanleihe der Stadt Wien, bei deren Aufnahme dem Bürgermeister Dr. Lueger so viel Schwierigkeiten gemacht wurden, weil er von Wiener Banken nichts wissen wollte, ist nunmehr am Montag mit der Deutschen Bank zum Abschluß gelangt, und zwar zum Kurse von 98 Prozent.

Lemberg. Große Schneefälle sind in ganz Galizien eingetreten. Alle Eisenbahnzüge trafen mit Verspätungen ein.

Budapest. Der Maler Koloman Mesterhazy hat sich erschossen. Der Selbstmord verursacht in den ungarischen Künstlerkreisen peinliches Aufsehen. Seine Ursache wird teils auf die zerrüttete materielle Lage des Malers, teils auf unglückliche Familienverhältnisse zurückgeführt.

Paris. Ein schlauer Narr ist der irrsinnige François Rolland in Dragnignan. Der Mann hat die Manie, sich selbst als Urheber der unheimlichsten Verbrechen der Polizei zu stellen. Da er zu den sogenannten „harmlosen Irren" gehört, beläßt man ihn auf freiem Fuße, und so gelingt es ihm, die Polizei öfter zu foppen. Eben hat er wieder einen ganz genialen Streich ausgeführt. Er meldete sich als Mörder eines schönen Mädchens, das man reich geschmückt mit Juwelen bei Monaco erstochen aufgefunden hatte und dessen Tod noch nicht aufgeklärt ist. Natürlich nahm man ihn fest, und da er eine Menge Einzelheiten anführte, so wurde beschlossen, die Untersuchung an Ort und Stelle zu führen. Rolland fuhr also, begleitet von zwei Gendarmen, gemütlich nach Monaco, wo er sich überall herumführen ließ unter Angabe sehr verschiedener Hotels, wo er mit jener Dame gewesen sein wollte. Dann ließ er sich nach Nizza, Genua, Ventimiglia, Cannes bringen, ging mit den Beamten in der ganzen herrlichen Umgegend spazieren und machte auf diese Weise eine prächtige Gratis-Spritzfahrt durch das „Paradies" Europas. Schließlich, als sich gar kein fester Anhalt für das Verbrechen ergab, beschäftigte sich der Untersuchungsrichter mit den Personalien seines „Verbrechers" und fand zu seiner unangenehmen Ueberraschung, daß er sich von einem „Verrückten" auf ganz raffinierte Weise hatte foppen lassen.

Lausanne. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Jour-See brachen am Sonntag der Universitätsprofessor Jaques Berney und zwei junge Mädchen ein und ertranken.

Kopenhagen. In einem hiesigen Gasthofe hat sich ein ehemaliger deutscher Offizier erhängt. Er hieß Lange, war anscheinend Wirner und hatte seinen letzten Wohnsitz in Stettin.

Sofia. Der Räuberhauptmann Athanas ist von der Polizei in Kustolwiya, wo er seit dem Ueberfall von Tscherkeskoi lebte und den Armen Wohlthaten erwies, gefangen genommen und unter starker Eskorte hierher gebracht worden. 180 dortige Bewohner haben an den Fürsten Ferdinand telegraphiert, um die Freilassung des Räubers zu erwirken.

New York. In Spokane (Washington) brach in der Nacht zum Dienstag in einem Geschäftshause eine Feuersbrunst aus, bei der zahlreiche in den oberen Stockwerken wohnende Personen ums Leben gekommen sein sollen.

Boston. Fridtjof Nansen ist von einem Impresario für hundert Vorlesungen in Amerika um eine kolossale Summe gemietet worden, nach der sechsundsiebzigsten erklärte er sich durch das beständige Reisen und Vorlesen an das Ende seines Ausdauervermögens gebracht. Am Dienstag wollte Nansen noch eine Abschiedsvorstellung in Carnegiehall in New York geben. Dann ist er fest entschlossen, zu streiken, er will nach Europa zurück. Das Bostoner Büreau für Vorlesungen, dem Nansen verpflichtet ist, hat Klage auf 20 000 Dollar wegen Kontraktbruch gegen ihn erhoben und Nansens Koffer und Gepäck in New York mit Beschlag belegen lassen.

Gerichtshalle.

Berlin. Der Redakteur des „Kladderadatsch" Trojan ist wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monat Festungshaft verurteilt.

Bamberg. Der 19jährige Gymnasiast Innozenz F. hatte sich vor der hiesigen Strafkammer wegen Einbruchdiebstahls zu verantworten. F. hatte im Oktober v. in einer der belebtesten Straßen Bambergs nachts den Auslegekasten eines Bankgeschäfts ausgehoben und sich die darin befindlichen Effekten, Münzen und Banknoten im Werte von etwa 1000 Mk. angeeignet, worauf er sich dann in Nürnberg unter allerlei hochklingenden Namen amüsierte. In Bremen wurde er beim Verkauf eines Wertpapiers verhaftet. Obgleich nach ärztlichem Gutachten geistiger Defekt infolge erblicher Belastung vorliegen sollte, erkannte das Gericht auf die beantragte fünfmonatige Gefängnisstrafe unter Zubilligung mildernder Umstände, wobei zwei Monat Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Posen. Ein Pistolen-Duell fand am 15. Oktober v. im Kobylepoler Walde zwischen dem Gutsbesitzer Grafen Czarnecki und dem Rentier v. Palizsewski statt, das nach siebenmaligem Kugelwechsel unblutig verlief. Die Ursache des Duells war ein Streit beim Kartenspiel. Die hiesige Strafkammer verurteilte am Montag v. Palizsewski wegen Zweikampf zu 4 Monat, den Referendar Grafen Dombski und Kaufmann v. Dembinski wegen Beihilfe dazu zu je drei Tagen Festungshaft. Gegen den Grafen Czarnecki, der Reserveoffizier ist, wird demnächst vor dem Militärgericht verhandelt werden.

Sofia. Am Dienstag nachmittag wurde vor überfüllem Saale in dem Prozesse wegen Ermordung der ungarischen Sängerin Simon das Urteil verkündet. Boitschew und Novelies wurden zum Tode verurteilt, Nikola freigesprochen. Die Verurteilten nahmen das Urteil lauttos entgegen. Am Dienstag war gerade der erste Jahrestag der Hochzeit Boitschews.

Europa und China.

H. P. In den „Preuß. Jahrb." findet sich ein Aufsatz des besten deutschen Chinakenners, Prof. Ferdinand Frhrn. v. Richthofen: „Kiaotschau, seine Weltstellung und voraussichtliche Bedeutung", dessen Lektüre warm empfohlen werden kann. Wir wollen nur auf die Schlußbetrachtungen dieser Arbeit hier etwas näher eingehen.

Herr v. Richthofen meint, die Frage, ob von der durch die Europäer gegen den Willen der Chinesen bewirkten Entwickelung und dem Fortschritte des Riesenreiches die europäischen Mächte in Zukunft den größeren Vorteil haben, sei mit billigem Zweifel, wenn nicht unmittelbar verneinend zu beantworten. „Aus eigener Gewinnsucht ruhen die Fremden nicht, bis sie die schlummernden Riesenschätze an natürlichen Hilfsquellen und menschlicher Arbeitskraft entwickelt haben werden. Gewaltsam zwingen sie China, die letzteren auf die massenhafte Herstellung der Güter zu wenden, durch welche Europa den Handel der Welt beherrscht, unbekümmert darum, ob sie nicht dadurch Europas materielle Macht herabsetzen, und ob nicht der Kotoß, dem sie das durch westliches Geme finnreich erdachte Spielzeug in die Hand drücken, es so zu gebrauchen lernt, daß den Erfindern selbst schwerste Schädigung droht. Jede Kohlengrube, die geöffnet wird, jede Fabrik, die darauf hin für die Chinesen angelegt wird, jede Eisenbahn, die man ihnen aufzwängt, ist ein Teil dieses Selbstmordprozesses. Er wird gefördert, wenn man bestrebt ist, die Wehrfähigkeit von China zu erhöhen."

Als vor einigen Jahren das bekannte Bild des Professor Knackfuß erschien, das nach dem Entwurf unseres Kaisers ausgeführt ist und die Unterschrift trägt: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" haben wohl nur wenige die geniale Bedeutung und hohe Berechtigung dieses Bildes erkannt; viele haben es ignoriert, oder verspottet. Weiter findet man die Ansicht sehr verbreitet, daß es ungerecht und politisch unklug gewesen sei, daß Deutschland im Verein mit Rußland und Frankreich den siegreichen Japanern in den Arm gefallen sei, Japan um die Früchte seiner Siege gebracht und sich so einen Freund zum Feinde gemacht habe.

Hier ist zunächst zu bemerken, daß die Japaner zwar mit Vorliebe besonders intelligente Jünglinge seit Jahren zu ihrer Ausbildung nach

Drei Schwestern.

4] Roman von C. v. Berlepsch.

(Fortsetzung.)

Die Schwestern erhielten ein sehr geräumiges Wohn- und ein daneben liegendes Schlafzimmer. Auf den Rat der Vorsteherin besuchten sie noch nach dem Abendessen den Garten, der, sehr groß, sich bis zum Ufer des Sees ausdehnte. Madame Dupaux fügte lächelnd hinzu, daß heute die Hausregel, nach welcher um 9 Uhr alle in ihren Zimmern sein müßten, auf sie noch keine Anwendung finde, sie also ihre Promenade nach Gefallen ausdehnen könnten. Mit einer freundlichen Handbewegung wurden sie entlassen. Da trat eine Dienerin aus dem Hause und meldete, daß Mademoiselle Alice noch nicht in ihrem Zimmer sei.

„Nun, so laß sie noch eine halbe Stunde draußen, sie wird im Garten sein."

„Sie war aber heut wieder so traurig."

„Eben deswegen laß sie noch im Freien."

Die Schwestern durchschritten schweigend den großen Garten. Der Vollmond überflutete Bäume und Sträucher mit zauberhaftem Licht und spiegelte sein Bild in dem See, dessen Wellen plätschernd ans Ufer schlugen. Schweigend standen sie an der Brustwehr, hingerissen von dem märchenhaften Anblick vor ihnen. Größere und kleinere Boote, große und kleine Dampfschiffe durchschnitten die Wellen, jedes eine glänzende Furche hinter sich herziehend. Die Häuser und Villen am jenseitigen Ufer waren deutlich zu erkennen, und nun fuhr nicht weit vom Garten ein Boot mit einer fröhlichen Gesellschaft vorüber, ein lustiges Trinklied erschallte aus dem Kreise der Insassen, dann aber nach Beendigung desselben intonierte eine Stimme Heines Loreley und alle übrigen fielen ein.

Noch standen beide und hörten dem verhallenden Gesange nach, da war es ihnen, als ob aus dem nahen Gebüsch unterdrücktes Schluchzen dringe. Sie gingen dem Laut nach und fanden in einer Laube ein vielleicht vierzehnjähriges Mädchen; sie hatte auf den Tisch die Arme, auf diese aber den Kopf gelegt und weinte leise. Bertha setzte sich zu ihr, und indem sie ihr leise über das dunkle krause Haar strich, fragte sie: „Bist du Alice, die heut den ganzen Tag so traurig gewesen ist?"

Das junge Mädchen fuhr empor, die großen dunklen, in Thränen schwimmenden Augen sahen erschreckt zu Bertha auf.

„Wer bist du?"

„Ich heiße Bertha und dies ist meine Schwester Magda. Wir sind erst vor ein paar Stunden angekommen."

„Und du und deine Schwester, ihr sollt auch noch lernen? Ihr seid doch gewiß schon aus der Schule?"

„O, ich bin schon zwei Jahre heraus, und Magda auch seit Ostern."

Alice sah von einer zur andern und schüttelte den Kopf.

„Habt ihr vielleicht auch eine Mutter, die fürchtet, ihr könntet sie verdunkeln?"

Die Schwestern sahen sich an. Was hatte es für eine Bewandnis mit dem Kinde, das allem Ernstes überzeugt schien, seine Mutter verdunkeln zu können?

„Nein, du kleiner Krauskopf, wir sollen den Winter nur in einem milderen Klima zubringen, weil der Arzt fürchtet, unser schnelles Wachstum könnte eine Lungenkrankheit zur Folge haben."

Alice zuckte nur die Achsel, und es blieb unentschieden, ob dies als Zustimmung oder als Widerspruch aufzufassen sei, da in diesem Augenblick eine Stimme ihren Namen rief.

Alle drei erhoben sich und schritten der Rufenden entgegen. Es war Madame Dupaux. Schnell hängte sich Alice an Magdas Arm.

„Ich gehe noch nicht hinein."

Madame Dupaux lächelte befriedigt, als sie sah, wie Alice sich an Magda schmiegte.

„Nicht wahr, es ist schön hier?"

„Zauberhaft! Der See mit seinen Schiffen und Booten und den vom Mond hell beschienenen Ufern gleicht einer Märchenlandschaft."

„Ah, so habt ihr gleich den besten Aussichtspunkt gefunden. Doch nun, Alice, ist es Zeit für dich, laß dich zu Bett bringen. Du bist heute die letzte."

„Darf ich aber morgen wieder mit Bertha und Magda — hast du nicht noch einen anderen Namen? — Magda ist so häßlich — — —"

„Du bist die erste, die das findet," antwortete diese halb belustigt. „Vielleicht gefällt er dir unverkürzt besser. Ich heiße Magdalene."

„So will ich dich Leni nennen. Darf ich? Und darf ich," wandte sie sich an die Vorsteherin, „morgen wieder mit Bertha und Leni zusammen sein?"

Madame Dupaux gewährte ihre Bitte. Mit einem zierlichen Knix sagte sie gute Nacht.

So sonderbar auch Alicens Bemerkung geklungen hatte, ihre Mutter fürchte von ihr verdunkelt zu werden — etwas Wahres war daran.

Ihre Mutter war früher Prima Ballerina am Hoftheater zu S. gewesen und hatte die Absicht, ihre Tochter ebenfalls in dieser Kunst ausbilden zu lassen; Alice hatte denn auch bereits seit ihrem fünften Jahre bei dem dortigen Balletmeister Unterricht gehabt. Letzterer war sehr zufrieden mit ihr. Er lobte ihr Talent, ihre Grazie und ihren Lerneifer. Dabei war er aber eines Tages so unvorsichtig, der Ballerina zu versichern, daß Alice sie noch einst übertreffen würde und daß dieselbe in zwei Jahren schon ganz gut ein Engagement werde annehmen können.

Das war ein Blitz aus heiterem Himmel. In zwei Jahren schon? So bald schon sollte sie sich von der eigenen Tochter verdrängen und verdunkeln lassen? Der Balletmeister hatte es als selbstverständlich betrachtet, daß auch Alice von der Intendanz zu S. engagiert werde. Das durfte nicht geschehen, dem mußte vorgebeugt werden. Aber wie? Madame überlegte lange. Endlich war sie zu dem Entschluß gekommen, Alice noch zwei Jahre in eine Pension zu schicken, obgleich Mr. Pierre versicherte, es sei eine Versündigung an ihrem Talent, jetzt die Uebungen, und noch dazu auf eine so lange Zeit zu unterbrechen. Sie setzte sich, nachdem sie mit vieler Mühe ihrem Mann die Einwilligung dazu abgerungen hatte, mit Madame Dupaux in Korrespondenz, die erst nach vielem Hin und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980129-10/fragment/page=0002

Deutschland gesehen haben, daß aber diese Männer, wenn sie nach Japan zurückgekehrt sind, sich durchaus nicht wie die letzte Fremde Deutschlands verhalten. Die Japaner hatten nun, und immer freiwillig Rücksicht auf die Interessen Deutschlands in Ostasien, d. h. auf unsern Handel und unsere Industrie genommen, und wir haben uns zur schlimme Konkurrenzen durch ihre Ausbildung erzogen. — Den Krieg gegen China hat Japan vom Zaune gebrochen, höchst wahrscheinlich von England dazu ermuntert oder angestiftet. Als China völlig besiegt zu jedem Friedensschlusse gezwungen war, lag die Gefahr sehr nahe, daß England und Japan China unter ihre Aufsicht nehmen, für sich ausbeuten würden. Japan hatte sich in Friedensverträge das alleinige Recht erworben, in China Fabriken anzulegen. Schon war zu diesem Zwecke Kapital in Japan gesammelt, die Lehrmeister und Maschinen standen zur Ueberführung nach China bereit, da intervenierten die drei genannten Großmächte und zwangen Japan auf alle Vorrechte zu verzichten, so daß auch andere europäische Mächte resp. ihre Bürger dieselben Rechte behufs industrieller Erschließung Chinas genießen. So wie diese Thatsache in Japan bekannt wurde, unterblieben die geplanten Expeditionen nach China, die Maschinen wurden wieder ausgeladen und zurückgezogen, die Gesellschaften lösten sich auf.

Dieser Einspruch der drei Großmächte, der auch in erster Linie der Initiative unseres Kaisers zugeschrieben wird, war einfach eine Notwendigkeit, ein Akt der Notwehr und Selbsterhaltung, da die Mächte Europas, und leider auch Deutschland, von Jahr zu Jahr mehr Industrie-Staaten werden, die auf den Absatz eines großen Teiles ihrer Produkte im Auslande angewiesen sind. Werden sie von diesen Märkten verdrängt, wird sogar asiatische Ware in Massen auf den europäischen Markt gebracht, so ist unsere Industrie gelähmt, bald ruinieren, Millionen von Arbeitern sind brotlos und blutige Aufstände der hungernden Massen wären unvermeidlich gewesen. Daß einige weitsichtige Politiker dies zur rechten Zeit erkannt und Japan energisch zurückgewiesen haben, ist ein Glück für Europa. Den Japanern wäre es viel leichter als den Europäern gewesen, das Vertrauen des niederen Volkes in China zu gewinnen, sie zu Fabrikarbeitern auszubilden und sie dann für sich und zum Ruin der europäischen Industrie auszunutzen. Der Chinese ist nicht uninteligent und dabei fleißig und sehr genügsam. Unter schrecklichen Plackereien, d. h. der geben Russe, haben Millionen gern für einen beschedenen Lohn gearbeitet.

Die Chinesen, besonders die der Nordprovinzen, sind aber ganz sicher auch zu tüchtigen Soldaten zu machen. Auch dies wird den Japanern viel besser als den europäischen Offizieren gelingen. Wenn die Chinesen sich in den letzten Kriegen jammerhaft geschlagen bezw. nicht geschlagen haben, so nun man es den Leuten, die zum großen Teile mit Pfeil und Bogen und Lanzen, mit primitiven Schießgewehren versehen und geführt waren, deren Offiziere jeder modernen militärischen Bildung ermangelten, eigentlich nicht verdenken, daß sie sich vor ihren mit Hinterladern bewaffneten Gegnern durch die Flucht zu retten suchten. China durch europäische Offiziere zu einer Militärmacht zu machen, ist mehr als Selbstmord, ein Verbrechen an unserer christlichen Zivilisation. Schon jetzt sind große Teile des Reiches überzeugt. Fühlen diese nach Bildung strebenden Massen in sich die Kraft, sich mit den Waffen neue Wohnsitze zu erkämpfen, so werden sie wie im Mittelalter die Massenauswanderungen nach den Westen wieder beginnen, Europa bedrohen. Wer dies für übertrieben pessimistisch hält, denke nur an die Mongolenschlacht bei Liegnitz im Jahre 1241.

Japan muß im Interesse unserer europäischen, christlichen Kultur von China fern gehalten und letzteres muß möglichst bald unter eine strenge Aufsicht und Kontrolle der europäischen Großmächte gestellt werden. Will sich England in Wahrung seiner egoistischen Sonderinteressen dieser Politik nicht anschließen, so wird es dies bald durch vollständige Isolierung auf allen Gebieten seiner auswärtigen Politik bereuen. Die militärische Ausbildung und Ausrüstung der Chinesen darf in keiner Weise gefördert werden, man entwende ihnen den Unkum von Kanonen und Kriegsschiffen, schanze die Offiziere, die als Instruktoren zu ihnen gehen, nicht, gegen den Fremdenhaß des niederen Volkes und den Neid und die Eifersucht der Mandarine. Man lege den Kurzsichtigen, Herzen, daß sie ganz auf eigene Gefahr und Verantwortung handeln, wenn sie in den Dienst der chinesischen Regierung treten, um den Chinesen eine gute Kunde zu schicken. Jeder wahre Fortschritt Chinas in Verwaltung, Rechtspflege, Wohlstand ist für Europa gefährlich, da es ganz unberechenbar ist, daß sich die Folge dieser Verbesserungen der Industrie wendete und zwar zuerst durch die Europäer selbst. Der Chinese besitzt aber fast den gleichen Nachahmungstrieb wie der Japaner und auch er würde bald den europäischen Lehrmeister entbehren können. Europa hat also seinerzeit Interesse und keine Pflicht, die immerhafte Mandarinenwirtschaft zu beseitigen, sich um Hebung von Industrie, Handel und Verkehrsmitteln im Innern von China zu kümmern. China muß im Interesse der europäischen Industriestaaten, wie bisher ein Ackerbaustaat bleiben und Rohprodukte (Seide, Baumwolle) erzeugen, die in Europa verarbeitet werden. Die chinesischen Küsten müssen möglichst bald in europäischen Besitz kommen und in jenen Gebieten dürfen Fabriken nur mit Genehmigung der betreffenden europäischen Vormacht angelegt werden.

Wem diese Vorgriffe, diese Vorsichtsmaßregeln als übertrieben pessimistisch oder egoistisch erscheinen, den geben wir folgendes zu bedenken. Die europäischen Industrie-Staaten haben bereits in den letzten Jahrzehnten die großen Absatzgebiete in Nordamerika und Rußland mehr und mehr verloren. Schon entwickelt sich eine Industrie in Argentinien und Mexiko, bald werden Chile und andere Staaten folgen. Nordamerika ist mit eisernen Konsequenz bestrebt, den ganzen amerikanischen Markt für seine Industrie zu reservieren, Japan schickt seine Waren nach allen Teilen der Welt. Da ist es die höchste Zeit, daß die europäischen Staatsmänner verhindern, daß auch Afrika und das eigentliche Asien zu Industriestaaten werden, aufhören, Abnehmer unserer Industrie zu sein.

Die Beobachtung der Sonnenfinsternis ist am 22. d. auf allen indischen Stationen unter günstigen Umständen und bei ausgezeichneten atmosphärischen Verhältnissen verlaufen. In Bukai währte die totale Verfinsterung der Sonnenscheibe 1½ Minute und 30 Sekunden. Zahlreiche Gruppen von Europäern begaben sich in fünf Sonderzügen nach diesem günstigen Beobachtungspunkt. Von den Eingeborenen in verschiedenen Teilen Indiens wird das Himmelsereignis als eine Schlacht gedeutet, die zwischen den Mächten Rahu und Ketu in der Luft des heiligen Stromes. Nach einem Telegramm aus Dumrom sind die dort ausgeführten photographischen Aufnahmen mit ausgezeichnetem Ergebnis vor sich gegangen. Während der Totalitätsperiode wurden 7 gute Bilder der Sonnenkorona erzielt. Der ganze Vorgang war ein herliches Schauspiel, das in den Gemüthern der Zuschauer ein Gefühl bangen Schauers und Staunens hervorrief. Aus Talni in Indien wird über die Ergebnisse der Beobachtungen berichtet, daß die allgemeine Beschaffenheit der Korona gleich der bei den Verfinsterungen von 1896 und 1886 beobachteten war. Am größten erschien die Korona am Sonnen-Aequator. Es gelang mehrfache, ziemlich große Bilder der Korona zu erzielen. Die Beobachtungen des Spektrums der Chromosphäre und der Protuberanzen geschah erfolgreich mittels eines Objektivglases, in dessen einem Okularstück ein Prisma angebracht war. Auch von den Spektren wurden gute Photographien gekommen. Mr. Everish photographierte auch das Spektrum der Protuberanzen mittels einer prismatischen Kamera und eines 6 Zoll-Teleskops. Alle Beobachter bestätigen, daß während der Totalitätsperiode die Beleuchtung heller als bei Vollmond war.

Berliner Millionäre.

Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin gibt es dort 2692 Millionäre, wenn man zu Einnehmen jedermann rechnet, der jährlich mehr als 36 000 Mk. Einkommen hat. Phaleramillionäre gibt es dort aber nur 477. Die zwei reichsten Berliner haben ein Einkommen von etwa 3, bezw. 1,72 Millionen Mark im Jahr; außerdem haben noch fünf Berliner ein Einkommen von mehr als einer Million Mark im Jahr. Ueber 40 000 Mk. jährliches Einkommen haben 1852 Berliner, 20 500 bis 40 000 Mk. 2623, 9000—20 500 Mk. 8035 Berliner. Ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. jährlich haben im ganzen etwa 42 000 Berliner, während es noch vor vier Jahren deren etwa 44 000 waren. Das genannte Jahrbuch berechnet das jährliche Gesamt-Einkommen der Berliner Bevölkerung auf 1206 Millionen Mk. bei den physischen und 51 Millionen Mark bei den nichtphysischen Personen; das Durchschnitts-Einkommen stellt sich jedoch nur auf 732 Mark. An Einkommensteuer bezahlt Berlin etwa 70 Millionen Mark. Indessen möchten nicht doch bezweifeln, ob jeder, der mehr als 36 000 Mk. Einkommen im Jahre hat, nun auch schon als Millionär bezeichnet werden darf. Einer solchen verfehlt man doch im allgemeinen Leute, welche ein Vermögen von wenigstens einer Million Mark haben, wobei es nicht darauf ankommt, welches Einkommen dasselbe abwirft. Es kann z. B. vorkommen, daß jemand Grundstücke (Baustellen) besitzt, die einen Wert von einer Million Mark haben, aber doch nur vielleicht 3—4000 Mk. im Jahre einbringen; ein solcher Besitzer muß trotzdem als Millionär angesehen werden, während ein hoher Staats- oder Privat-Beamter, ein Arzt oder Rechtsanwalt, ein Sänger oder Komponist, welcher 40 000 Mk. jährliches Einkommen hat, deshalb noch lange kein Millionär ist. Die Ergänzungssteuer muß man also zu Rate ziehen, um zu erkennen, wenn man erfahren will, wie viele Millionäre es in Berlin gibt. Die Antwort wird dann lauten: 1105. Von diesen haben 760 ein Vermögen von 1 bis 2 Millionen Mark, 334 als solches von 2 bis 3 Millionen Mark, 78 ein solches von 5 bis 10 Millionen Mark, 24 ein solches von 10 bis 15 Mill. Mk.; mehr als 15 Mill. Mk. haben nur 12 Personen, nämlich sieben ein solches von 15 bis 20 Mill. Mk. eine ein solches von 22 bis 24 Mill. Mk., eine ein solches von 24 bis 25 Mill. Mk. und drei ein solches von mehr als je 25 Mill. Mk. Das steuerbare Vermögen der gesamten Berliner Einwohnerschaft beträgt 1078 Mill. Mk., davon entfallen nahezu 40 Prozent (genauer 1624 Mill. Mk.) auf die Millionäre. Nehmen man die kleinen, nicht steuerbaren Vermögen dazu, so kann man das Gesamt-Vermögen der Berliner Bevölkerung auf rund acht Milliarden Mark veranschlagen.

Lohnender Frauen-Erwerb.

In unserer Zeit des Strebens nach Unabhängigkeit der Frauen ist es vielleicht ein Verdienst, dieselben auf anständige Erwerbszweige aufmerksam zu machen, die noch ihr reiches Auskommen ermöglichen. Neben dem schon oft empfohlenen Beruf der Heilgymnastik und Orthopädie für Frauen und Kinder. Gut ausgebildete Orthopädinnen sind seit langer Zeit in der ärztlichen Welt sehr geschätzt. Die Orthopädie ist bekanntlich die Lehre von Unglücksfällen des Körpers zu verhüten und zu heilen; sie kann in vier bis sechs Monaten erlernt werden, wobei Turnlehrerinnen einen Vorzug haben, weil Turnen und Heilgymnastik vielfach sich ergänzen, und der Ausbildungsgang der Turnlehrerinnen eine solche Gewähr für eine orthopädische Ausbildung bietet. Die Schülerinnen der Orthopädie werden theoretisch und praktisch unterrichtet. Sie lernen die anatomischen Verhältnisse des menschlichen Körpers kennen, besonders die des Muskel- und Knochen-Systems, ferner die Mißbildungen an Knochen und Gelenken, insbesondere die verschiedenen Formen der Skoliose (Seitenkrümmung des Rückgrats), und die damit verbundenen innern und äußern Verstauchungen. Durch Belehrung, Demonstrationen und eigene Uebung an Patientinnen lernen die Schülerinnen die heilgymnastischen Uebungen und mechanischen Apparate, welche zur Heilung solcher Mißbildungen angewandt zu werden pflegen, kennen. Besonders in mittleren und kleineren Städten fehlt es noch an Orthopädinnen, und selbst in großen Städten ist kein Ueberfluß zu suchen. An Patientinnen dürfte es tüchtigen und geprüften Bewerberinnen daher nicht leicht fehlen; die Aerzte werden ihnen gern solche überweisen, da sie in der Regel keine Zeit haben, die langwierigen heilgymnastischen Uebungen selbst zu leiten bezw. zu überwachen.

Buntes Allerlei.

Ein zweiter Mond der Erde? Unter der Ueberschrift: „Ein zweiter Mond der Erde" verschickt Herr Dr. Wallemaih in Hamburg einen Aufruf an die Astronomen und Freunde der Astronomie. Dieser Aufruf erhält die Voraussetzung, daß am 3. Februar und 30. Juli 1898 ein Vorübergang des vermuteten zweiten Mondes vor der Sonnenscheibe in Gestalt eines kleinen runden Fleckes stattfinden werde. Herr Dr. Wallemaih glaubt das Vorhandensein eines solchen zweiten Mondes, dessen mittlere Entfernung von der Erde etwa 2½ mal so groß sein soll als die unseres alten Mondes, aus gewissen Störungserscheinungen in der Bewegung des letzteren ableiten zu können. Die astronomische Fachgenossenschaft verhält sich gegenüber dieser ganzen Prophezeiung ablehnend.

Milde Winter. Die alten Chronisten haben uns auch neben den Beispielen von äußerst strengen Wintern solche von recht gelinden Wintern aufbewahrt. So war im Jahre 1405, nachdem vom August bis Neujahr viel Regen gefallen war, die nachfolgende Winterszeit sehr gelinde. Im Jahre 1512 begann der Winter schon am 16. Oktober sehr ernhaft, hörte aber bald wieder auf, und es trat so mildes Wetter ein, daß um Weihnachten die Bäume und die Blumen auf dem Felde blühten. Im Gegensatz dazu war dann die Winterkälte des folgenden Jahres so entsetzlich, daß man lange Zeit von diesem Winter zu rechnete. 1654 fror es in Schleswig-Holstein nur vier Tage, worauf der Sommer überall so fruchtbar war, daß die Landleute ihr Korn gar nicht unterzubringen wußten. 1715 waren Winter und Nachwinter dermaßen milde gewesen, daß im April überall in Norddeutschland die Rapssaat in Blüte stand. 1774 blühten daselbst schon anfangs März die Pfirsiche, 1749 gar schon im Februar Krokus und Veilchen; anfangs April war der Dorn grün, und es folgte ein sehr gesegnetes Jahr darauf. Von den Wintern dieses Jahrhunderts ist besonders 1846 als sehr milde bemerkt; am Februar flogen bei Kiel die Schmetterlinge; am 14. März sah man in Ottensen blühende Pfirsiche, am selben Tage verzeichnete man in Altenrade 14 Grad Wärme nach Reaumur, am Maitag konnte sich, nach Gräfing, Auslage, ein „gadlicher Kühnhahn" im Roggen verstecken; das Jahr 1847 aber ist bekannt als das Hungerjahr.

Der neueste parlamentarische Scherz, der im Foyer des Reichstages viel belacht wird, wird nach einer der „Voss. Ztg." zugegangenen Version dramatisch wie folgt dargestellt: „Ein Abgeordneter ergreift mit der Rechten die schwere Uhrkette eines Kollegen mit kräftigem Griff, wie wenn er sich der Kette und Uhr bemächtigen will. In der Linken hält er ein Taschenmesser, ein Fünfzigpfennigstück in die Höhe. Der gesprochene Text zu diesem Pantomimenspiel lautet: Ich pachte diese Uhr auf 99 Jahre!"

Anzüglich. Frau: „Du, Mann, unsere Tante, die nun schon drei Wochen als Logierbesuch bei uns wohnt, hat morgen Geburtstag, was schenke ich da passendes?" — Mann: „Eine Reisetasche wäre das Passendste."

Her, und selbst unter Bedingungen, die jede andere als unerfüllbar zurückgewiesen hätte, zum Abschluß führte. Zunächst durfte Alice niemand sagen, daß ihre Mutter Tänzerin, noch gar, daß sie selbst für dieses Unternehmen bestimmt sei. Sodann motivierte Madame Dupuy die Höhe der Summe durch den Umstand, daß Alice ihr eigenes Wohn- und Schlafzimmer haben müsse, während sonst immer zwei Pensionsdirnnen sich darin teilen. Es sei dies geboten, da zu befürchten sei, daß Alice sich doch einer Ueberschreitung des Verbots schuldig machen und dadurch ihre Pension in Mißkredit bringen könnte. Die Ballerine willigte in alles, sandte den Betrag eines halben Jahres im voraus ein und geleitete Alice selbst nach Genf. Dies war eine Woche vor Berthas und Magdas Ankunft.

Natürlich war Alice alles fremd und unsympathisch, ganz abgesehen von der Sehnsucht nach der Mutter. Sie war daher in den ersten Tagen ziemlich ungeduldig, hatte allen Zuspruch der Vorsteherin und alle Ablenkungsversuche schroff zurückgewiesen und weinte, sich selbst überlassen, unaufhörlich, obgleich sie wiederum ängstlich bemüht war, ihre Tränen niemand sehen zu lassen. Madame Dupuy dachte schon mit Bedauern daran, die hohe Pension und Alice selbst ihrer Mutter zurück senden zu müssen, als Bertha und Magda eintrafen. Der wunderbare Instinkt des Mädchens witterte in ihnen Leidensgefährten, und die sympathische Art und Weise, wie die Bekanntschaft eingeleitet wurde, nahm sie vollends für die Schwestern ein. Sie konnte daher am nächsten Tage kaum die Zeit erwarten, die neuen Bekannten wiederzusehen.

Madame Dupuy sah sofort den guten Eindruck, welchen die beiden auf Alice gemacht, und begünstigte diese Intimität. Dabei kam ihr noch der Umstand zu statten, daß für heut unerwartet zwei neue Pensionsdirnnen angefindet worden waren, für die sie augenblicklich um zwei Zimmer in Verlegenheit war. Sie heuchelte daher in Gegenwart der Schwestern eine peinliche Notlagefeit und erreichte ihren Zweck: Magda schlug vor, Alicens Bett für diese Nacht in ihrem Schlafzimmer aufstellen zu lassen. Scheinbar widerstrebend willigte sie endlich ein; als es aber einmal geschehen war, blieb es auch bei dieser Einrichtung, nur wurde das sehr große Wohnzimmer für alle drei zum Schlafzimmer benutzt.

Die ersten Tage vergingen den dreien unter ihren Arbeiten, weiten Spaziergängen und gemütlichen Plauderstunden.

Bertha trieb Sprachen, malte fleißig und nahm Gesangsstunden, während Magda die Selekta besuchte. Alice war sehr zurück; es war bei ihr wohl bis jetzt nicht Wert genug auf die Erwerbung von Kenntnissen gelegt worden. Nun aber, durch Berthas und Magdas Beispiel angefeuert, suchte sie das Versäumte nachzuholen. Auffallend war bei ihnen, daß sie ziemlich neugierig in bezug auf ihre Familienverhältnisse war, dagegen von den eigenen nichts verriet. So hatte sie wieder einmal nach vielerlei gefragt, und ihr war rückhaltlos Antwort gegeben, worauf sie gegen ihre Gewohnheit in Schweigen verfiel. Dann sprang sie plötzlich auf und warf sich an Magdas Hals.

„Aber was ist dir, Alice? Du erschreckst uns."

„Warum fragt ihr mich nicht auch nach meinen Eltern, meiner Heimat, wie ich es thue?" rief sie in großer Erregung. „O, ich weiß schon, weil ihr vermutet, daß nicht alles klar ist, daß es etwas Verdächtiges habe."

„Aber Alice! Wie kommst du darauf? Nein, uns weit es für junge Damen sich nicht schickt, fragen wir nicht. Natürlich wäre es deine Sache gewesen, uns anzutragen mit deinen Verhältnissen bekannt zu machen. Wer Vertrauen verlangt, muß es auch erweisen."

„Ja, muß ich das? O, dann ist ja alles gut." Und nun erzählte sie den Schwestern alles Bisherige von ihrem früheren Leben, das wohl bunt und verschwenderisch war, aber doch auch so dunkle Stellen zeigte, daß sie tiefes Mitleid mit diesem Wesen hatten, welches noch halb ein Kind, doch schon Pflege mit Verständnis erlebt hatte, von denen sie beide zu ihrer bedrängten Lebenszeit keine Vorahnung gehabt.

Alice war das einzige Kind dieser Eltern, ein rechtes Theaterkind. Die Mutter, als Tänzerin in einem kleinen Höftheater engagiert, hatte noch sehr jung den Bariton der Oper an derselben Bühne geheiratet und anfangs sehr glücklich mit ihm gelebt. Dann waren beide nach einer größeren Bühne übergesiedelt, wo jedoch ihr Vater sich mit einer Kollegin verheiratete. Die Sachen hatten Engagements für beide an einer Bühne fand, ging ihr Zweck nach Paris, während die Mutter in ihrer Heimat blieb. Es mag Mühe sich beide auch gaben, sie fanden nicht mehr gemeinsames Engagement. In den ersten Jahren trafen sie während der Ferien wohl noch zusammen und blieben auch in regelmäßigem schriftlichen Verkehr. Aber nach und nach trat doch eine Entfremdung ein, die Zwischenräume der Briefe wurden immer größer und endlich blieb jede Nachricht aus. Jahrelang fand ihre Mutter zwar noch immer seinen Namen im Bühnenalmanach verzeichnet, dann aber verschwand er daraus und sie wußte nichts mehr von ihm. Da die Mutter nun auf sich selbst angewiesen war und wußte, daß sie später in ein anderes Rollenfach übergehen könnte, wenn es mit ihrer Tanzkunst zu Ende war, bemühte sie sich unaufhörlich, ein Vermögen zu erwerben, damit sie, wenn sie genötigt sein würde, von der Bühne zurückzutreten, nicht nötig hätte, sich Einschränkungen aufzuerlegen. Sie hatte nun Zeitlang diesen Vorsatz ausführen können, denn ihre Ersparnisse hatten Zinsen, die Höhe erreicht, welche sie für notwendig zum unabhängigen Leben erachtete; aber jetzt schon zurücktreten war ihr unmöglich, sie konnte den Beifall der Menge nicht entbehren.

Sie liebte ihre Tochter zärtlich; seit einiger Zeit jedoch, in der Alice sehr gewachsen war, fing sie an, sich zum Bewußtsein, daß es für den Fall sei, daß der Bühne zurücktreten, wo sie als Mutter einer heranwachsenden Tochter doch nur eine zweite Rolle spielen könnte. Nein, und tausendmal nein! Nur das nicht! Sie hatte nie etwas anderes kennen gelernt. Vater und Mutter hatten dem Theater angehört, sie waren sogar bei kleinen Wanderbühnen angestellt gewesen, hatten die ganze Mäßlichkeit dieser „Karmiern" kennen gelernt und sie selbst mit ihnen, bis sie zum Zweck ihrer Ausbildung in Pension gegeben wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980129-10/fragment/page=0003

Vermischtes.

Nebra, 28. Januar. An das hiesige königliche Amtsgericht ist Herr Assessor Schwarz von Zeitz zur kommissarischen Vertretung und Erledigung der richterlichen Geschäfte berufen worden.

Nebra, 28. Januar. Kaisers Geburtstag wurde wie üblich, am Vorabend durch Zapfenstreich und am Festmorgen durch Reveille eingeleitet. Vormittag war Schulfeier, Nachmittag 1 Uhr Kirchgang vom Kriegerverein, an welchem sich die Parade anschloß, wobei Herr Rittmeister von Helldorff-Zingst ein Hoch auf den obersten Kriegsherrn ausbrachte, das kräftig wiederhallte. Für die einen fand Festessen im Anker oder im Schützenhause statt, für die andern ein gemütliches Beisammensein bei Kamerad Föhrigen in der Sorge. Jedenfalls war alles in recht fröhlicher, echt patriotischer Stimmung und manch ernster und heiterer Toast ist ausgebracht, manch fröhliches Lied verklungen. Der Abend vereinigte ein sehr zahlreich erschienenes Publikum bei Kamerad Maertens im Preußischen Hof, wo der Kriegerverein, wie alljährlich, durch Theater und Ball das Fest verschönte. Gewiß ist hier jeder Teilnehmer durch die gute Durchführung des beliebten Moser'schen Lustspiels „der Militärstaat" recht befriedigt, das bezeugte ja schon der reich gezollte Beifall und hoffentlich ist auch die Unterstützungskasse des Vereins, welcher der Reinertrag zufließt, recht bereichert worden.

Nebra, 25. Januar. Gestern abend verursachte das Ausströmen einer gewaltigen Rauchmenge aus der Wohnung des Kürschnermeisters Maeß hier auf dem Wasserweg einen Menschenauflauf, da man einen Zimmerbrand vermutete. Glücklicherweise stellte sich aber heraus, daß sich in der Feuerungsanlage der Glanzruß entzündet hatte, wodurch binnen kurzer Zeit der ganze Ofen in's Glühen gekommen war. Durch schnelles Eingreifen der übrigen Hausbewohner wurde weiterer Gefahr vorgebeugt.

Frauen im Postdienst. Die Oberpostdirektionen sind der „Deutschen Verk.-Ztg." zufolge ermächtigt worden, die Verwaltung von Postagenturen oder Posthilfstellen, falls hierzu geeignete männliche Personen nicht ermittelt werden können, weiblichen Personen zu übertragen, vorausgesetzt, daß diese den Anforderungen entsprechen.

Das Reichspostamt hat über die Behandlung unbestellbarer Packete jetzt eine neue Bestimmung erlassen, welche wie folgt lautet: Etwaigen Anträgen der Adressaten auf nachträgliche Aushändigung oder Nachsendung bereits unbestellbar gemeldeter Packete mit oder ohne Nachnahme ist nicht zu entsprechen. Sobald eine Unbestellbarkeits-Meldung abgesandt ist, hat die Bestimmungs-Postanstalt des Packetes lediglich die Benachrichtigung der Aufgabe-Postanstalt darüber abzuwarten, ob und welche Bestimmung der Absender auf Grund der Unbestellbarkeits-Meldung getroffen hat. Lautet die Nachricht dahin, daß der Absender die Meldung wegen der Sendung nicht beantwortet hat, so ist das Packet nach dem Aufgabeorte zurückzusenden.

Halle, 26. Januar. Infolge eines Sturzes erlitt der Gemeindediener Karl Papst aus Unterfarnstedt, außer schweren Brüchen beider Unterschenkel, so erhebliche innere Verletzungen, daß er gestern in die hiesige Klinik gebracht werden mußte. Kurz nach der Einlieferung verstarb der Bedauernswerte an den Folgen schwerer Komplikationen.

Naumburg, 26. Januar. (Marktbericht.) Butter 1,80—2, Eier 3,40—3,60, Gänse 4 bis 6, Enten 2—2,60, Hühner 1—1,30, Truthahn 4—5, Hasen 3—3,60, Kaninch. 0,80—1, Schweine 18—26, 25 kg Aepfel 5—7, Kartoffeln 2 bis 2,50, 1 Korb Möhren 1—1,10, 1 Mdl. Rotkraut, Sellerie 1—1,20 Mk., 1 Korb Spinat 80—100, 1 Mdl. Porree 20—25, Wirsch 70 bis 80, Kohlrabi 55—60, 1 Blumenkohl 20 bis 30, Backobst 30—35, 1 Mdl. kl. Käse 70, Tauben, Hähnchen 70—90 Pfg.

Oberröblingen a. H., 25. Januar. Als am vergangenen Sonnabend abend der hiesige Gemeindediener Hoffmann eine kleine Gesellschaft in seiner Wohnung um sich versammelt hatte, ertönte plötzlich in der Schlafkammer ein Getöse, welches die Anwesenden von den Sitzen schreckte. Sofort eilte man zur Kammer, aus welcher den Eindringenden eine große Staubwolke entgegen drang. Man vernahm noch schwache Laute der in den Betten ruhenden Kinder im Alter von 7, 9 und 11 Jahren. Bald sah man, daß die Decke auf die Betten hernieder gestürzt war, mit ihr verschiedene Gegenstände, welche auf den Hausboden gestanden hatten. Es kostete große Mühe, die Kinder, welche von Estrich, Lehm, Kohlen, Balken u. s. w. vollkommen überdeckt waren, von ihrer Last zu befreien. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß die Kinder keinen Schaden davongetragen hatten. Wie groß die herabfallende Last gewesen sein mag, geht daraus hervor, daß die Betten zusammengebrochen sind. Man sieht wieder: Kinder haben ihren Schutzengel.

Der Strafsenat des Kammergerichts erledigte am Montag einen für den ganzen Regierungsbezirk Merseburg prinzipiell wichtigen Rechtsstreit, den die Staatsanwaltschaft gegen den Gutsbesitzer Schuhmann aus der Nähe von Halle angestrengt hatte. Der Angeklagte war beschuldigt worden, sich gegen die Baupolizeiverordnung vom 30. März 1876, die vom Regierungspräsidenten für die Landgemeinden des Regierungsbezirks Merseburg erlassen worden war, vergangen zu haben, indem er ohne Erlaubnis und entgegen den Bestimmungen der erwähnten Baupolizeiverordnung einen Bau ausgeführt habe. Das Schöffengericht sprach jedoch den Angeklagten frei, und die Strafkammer zu Halle verwarf die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung. Die Strafkammer zu Halle machte geltend, nach dem ministeriellen Erlaß vom 6. Juni 1850 solle jede Polizeiverordnung die Ueberschrift: „Polizei-Verordnung" oder „Polizeiliche Vorschrift" oder aber „Polizei-Reglement" tragen. Da die hier in Frage kommende Polizeiverordnung eine solche Ueberschrift nicht trage, so sei sie als ungiltig zu erachten. Habe nun auch der Regierungspräsident den Mangel der obigen Polizeiverordnung durch eine Bekanntmachung vom 16. Februar 1894 zu ersetzen versucht, so sei dies nicht gelungen, da die ganze Polizeiverordnung nicht nochmals in der abgeänderten Gestalt publiziert, sondern nur auf die beregte Polizei-Verordnung hingewiesen worden sei. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht in Berlin ein und führte aus, daß die alte Polizei-Verordnung durch eine entsprechende Bezugnahme integrirender Bestandteil der Bekanntmachung vom 16. Februar 1894 geworden sei. Der Oberstaatsanwalt war jedoch anderer Ansicht und trat im wesentlichen der Entscheidung der Strafkammer in Halle bei. Der Strafsenat des Kammergerichts wies nunmehr die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet ab und machte folgendes geltend: Die Bekanntmachung vom 16. Februar 1894 als Polizei-Verordnung sei selbst nicht rechtsgiltig, denn zur Aufhebung der Einleitung der alten Verordnung habe der Regierungspräsident nach § 145 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 der Zustimmung des Bezirksausschusses bedurft, welche aber nicht eingeholt worden sei. Demnach sei nicht nur die Baupolizei-Verordnung vom 13. März 1876, sondern auch die Bekanntmachung des Regierungspräsidenten vom 16. Februar 1894 rechtsungiltig. — Die Königl. Regierung wird wohl schleunigst für eine Regelung der Baupolizeiverordnung sorgen.

Kirchliche Nachrichten.

4. Sonntag nach Epiphanias.
Es predigt um 10 Uhr:
Herr Oberpfarrer Schwieger.
Um 2 Uhr: Lesegottesdienst.

Amtswoche: Herr Oberpfarrer Schwieger.

Getauft: Am 26. Januar Friedrich Wilhelm Otto Zickel.

Beerdigt: Am 26. Januar Friedrich Rost, Handarbeiter, 36 Jahre 10 Monate 1 Tag alt.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Besitzer von Steinbrüchen in hiesiger Flur werden hierdurch noch besonders auf die vom Herrn Regierungs-Präsidenten zu Merseburg unter dem 15. October 1897 erlassene Polizei-Verordnung, betreffend die Anlage und den Betrieb von Steinbrüchen und Gruben, aufmerksam gemacht, und auf die genaueste Befolgung der darin enthaltenen Bestimmungen hingewiesen.

Wir bemerken, daß die gedachte Verfügung von uns, gegen Erstattung der Selbstkosten zu beziehen ist.

Nebra, den 24. Januar 1898.

Die Polizei-Verwaltung.
Strauch.

Landwirthschaftlicher Verein Steigra.

Wegen der am 3. Februar stattfindenden Versammlung der landwirthschaftlichen Kreisvertretung wird die für denselben Tag in Aussicht genommene

Vereins-Versammlung

bis auf Weiteres verschoben.

Das Directorium.

Für Bruchleidende

bin ich auf vielseitigen Wunsch **jeden Monat, den 1. und 15.,** von 9½ bis 2 Uhr Nachmittags in **Nebra „zur Bierhalle"** zu sprechen.

Achtungsvoll

H. Heeger, *Bandagist, Querfurt.*

NB. Mein Lager bei den dortigen Herren Aerzten habe ich aufgehoben.

Haus- und Acker-Verkauf.

Mittwoch, den 16. Februar cr.,
Nachmittags 2½ Uhr
werde ich im **Gasthof zum Anker** in **Nebra** das **Röllig'sche Haus** nebst **9 Morgen Acker** (in Stadt und Flur Nebra belegen) öffentlich und meistbietend verkaufen.

Das Hausgrundstück liegt sehr günstig und eignet sich zu jedem Geschäft.

Wiehe, am 23. Januar 1898.

Glass, Auctionator.

Acker- und Garten-Verkauf.

Mittwoch, den 16. Februar cr.,
Nachmittags 2 Uhr
werde ich im **Gasthof zum Anker** in **Nebra** von den **Teudloff'schen Erben** in Nebra **6 ar Garten** und **55 ar 60 qm Acker** öffentlich und meistbietend verkaufen.

Wiehe, am 23. Januar 1898.

Glass, Auctionator.

Geschäftsbücher

aus der Fabrik von **I. C. König & Ebhardt, Hannover,** liefert zu Originalpreisen

Karl Stiebitz.

Visitenkarten

ertigt sauber und billig

K. Stiebitz, Nebra

Die Gärtnerei des Rittergutes Zingst

hält fortwährend zum Verkauf bereit **Hyacynthen, Tulpen, Primeln u. s. w.** in schönsten blühenden Exemplaren und empfiehlt sich zur Anfertigung von **Bouquets und Kränzen.**

Lehrlings-Gesuch.

Für mein **Delicatessen-, Colonialwaaren-, Wein- und Cigarren-Geschäft** etc. suche ich p. Ostern einen **Lehrling** aus anständiger Familie und guter Schulbildung.

Otto Kaiser, **Naumburg a. S.**

Suche per 15. Februar ein sauberes fleißiges **Mädchen,** 14—16 Jahre, für Kinder und leichte häusliche Arbeit. Frau **E. Engler, Leipzig,** Dorotheenstr. 1, Papierhandlung.

Fahrrad-Vertreter

(nur gegen feste Rechnung) ges. für meine hochfeine 1898 Modelle, Qualität und Preise ohne Konkurrenz.

Paul Tanner, Fahrradwerk, **Cottbus.**

Erbsen und Bohnen zum Verlesen

liefert ins Haus und holt ab

Rud. Rötscher, Wennungen.

Bürger-Verein.

Sonnabend, den 29. Januar, Abends 8 Uhr

Generalversammlung

im Gasthof zum Weissen Ross.

Tages-Ordnung:
1) Geschäftliches.
2) Vorstandswahl.
3) Besprechung einiger Anträge.

Der Vorstand.

Zur Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Kaisers und Königs

in Groß-Wangen,

Sonntag, den 30. Januar, Abends 7 Uhr,

Theater und Ball,

wozu freundlichst einladet

der Vorstand des Krieger-Vereins Gr.- u. Kl.-Wangen.

Technicum Mittweida
— Sachsen —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorzügl. Erfolge. —

Apfelwein,

garantirt reines Naturproduct. à Flasche **30 Pfg.,** (excl. Flasche) empfiehlt

Hermann Ethner.

Eine Stube

mit Zubehör zu vermiethen und 1. April zu beziehen bei **Franz Koch.**

✱ **Verbreitung bester deutscher Litteratur** ✱
✱ ✱ **Anlage einer eigenen Hausbibliothek** ✱ ✱
ermöglicht mit wenigen Mitteln der

Verein der Bücherfreunde.

Mitglied kann jedermann werden. Der Eintritt kann jederzeit geschehen, verpflichtet aber für mindestens ein Vereinsjahr.

Die Mitglieder erhalten jährlich 8 deutsche Originalwerke, zusammen mindestens 1500 Druckseiten zu je 16 Seiten Stark.

Vierteljährlicher Beitrag Mk. 3.75 (= fl. 2,32) für die geb. Ausg. Mk. 4.50 (= fl. 2,79) für die geheftete Ausgabe. Jahrsend. erf. postfrei.

Wer aus eigenen Büchern — nicht aus den Leihbibliotheken — sich Unterhaltung und Belehrung holen will, wer deutsches Schrifttum fördern und verbreiten will, trete dem „Verein der Bücherfreunde" als Mitglied bei.

Erscheinungsplan des 7. Jahrganges:
Oktober 1897 — Oktober 1898

Arthur Achleitner, Der Dirsch von Eßlingen
Hippolyt Haas, Prof. Dr., Der Bergmeister von Grund
J. Gräfin von Bandissin, Über die Alpen
Richard Kredenbrücker, Kein Sommer ohne Wetter
— Warum der Kaiser der Wahl nimmer zugeht
H. Erichsdt, Prof., Aus den Werkstätten der Natur
Johannes Ziegler, Augenblicksbilder
Hermann Heiberg, Gr. pinde

und als achter Band eine der noch in Vorbereitung sich befindenden Arbeiten von: **Karl Bleibtreu, J. v. Boguslawski,** Prof. Dr. **W. Gnichen,** Prof. Dr. **J. W. Otto Richter,** Frhr. **v. Schlicht,** Baron **H. v. Wedel.**

Die früher erschienenen sechs Jahrgänge der Veröffentlichungen des Vereins der Bücherfreunde sind gleichfalls noch zum Preise von Mk. 15.— (= fl. 9,28) geheftet Mk. 18.— (= fl. 11,16) gebunden zu haben.

Satzungen und ausführliche Prospekte umsonst und postfrei.
Beitrittserklärungen u. Prospekte durch jede Buchhandlung oder durch die Geschäftsleitung.

Vorstand:
Martin Greif
Hermann Heiberg
Ernst von Wolzogen

Geschäftsleitung
Schaff & Grund
Herzogl. Bayerische Hofbuchhändler
Berlin W. 62
Kurfürstenstraße 128

Redaction und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Arendt's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Hierzu Sonntagsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980129-10/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk. durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 9 — Nebra, Sonnabend, 29. Januar 1898. — 11. Jahrgang.

Die Abschaffung der Kautionen der Reichsbeamten.

Dem Reichstage ist die angekündigte Vorlage wegen Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten zugegangen. Formell handelt es sich hier um die Aufhebung des Gesetzes vom 2. Juni 1869, das denjenigen Reichsbeamten, denen die Verwaltung einer dem Reiche gehörigen Kasse, oder eines dem Reiche gehörigen Magazins oder die Annahme, die Aufbewahrung oder der Transport von dem Reiche gehörigen oder ihm anvertrauten Geldern oder geldwerten Gegenständen obliegt, eine entsprechende Kautionsstellung für die Dauer des Dienstverhältnisses zur Pflicht macht. Auf Grund dieses Gesetzes haben beispielsweise die Postsekretäre bei ihrer Anstellung eine Kaution von 1500 Mk., Postassistenten eine solche von 900 Mark, Postgehilfen eine Kaution von 600, und Postunterbeamte eine solche von 200 bezw. 300 Mk. zu stellen. In Ausnahmefällen ist den Beamten die Beschaffung der Kaution durch Ansammlung von Gehaltsabzügen gestattet.

Von dieser Verpflichtung sollen sämtliche Reichsbeamte mit Ausnahme der Reichsbankbeamten jetzt befreit werden, die bereits gestellten Kautionen sind nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückzuzahlen. Wo Ersatzansprüche vorliegen, bleibt die gestellte Kaution haftbar und ihre Rückgabe in Höhe der Ansprüche wird bis zur endgültigen Entscheidung ausgesetzt. Die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten wird von diesem Gesetz um deswillen nicht berührt, weil sie nicht auf dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1869 beruht, sondern im Bankgesetz und durch Verordnung vom 23. Dezember 1875 festgesetzt ist. Die Kautionspflicht dieser Beamten kann deshalb auch nur auf dem Verordnungswege abgeändert werden.

Der Umfang der Wirkung dieses Gesetzes und die den Beamten damit erwiesene Erleichterung wird durch einen Blick auf die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung ersichtlich. Am 1. Juli 1897 betrug die Zahl der kautionspflichtigen Postbeamten 120 171 und der Gesammtbestand ihrer gestellten Kautionen 47 851 044 Mark. Die Verwaltung dieses Kautionsbestandes erforderte rund 52 Beamtenkräfte und einen Kostenaufwand von 154 623 Mk. Dabei sind in der Postverwaltung in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt jährlich 166 608 Mk. Defekte festgestellt worden, von denen jedoch nur 18 626 Mk. jährlich an Kautionen Deckung fanden.

In der Handelsverwaltung beträgt die Zahl der gestellten Kautionen 6,3 Mill. Mk., die jährlichen Defekte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 18 991 Mk., gedeckt wurden aus Kautionen durchschnittlich jährlich 4736 Mk. gleich 25 Prozent. Das Kautionswesen in der Verwaltung der Reichseisenbahn, in der Marineverwaltung und bei den übrigen Reichsämtern ist nur geringfügig und kommt hier weniger in Betracht.

Auf Grund dieser rechnerischen Ergebnisse ist festzustellen, daß die Schadloshaltung des Reiches an Kautionen gegenüber der Höhe der Defekte geringfügig ist und auch nicht annähernd die Verwaltungskosten des Kautionswesens deckt. Nicht die Kautionen schützen den Beamten und das Reich vor Veruntreuung, sondern das bei dem intakten Beamtenstande in hohem Grade vorhandene Pflichtgefühl. Die Sicherheit der Finanzverwaltung des Reiches wird sonach durch den Wegfall der Kautionen in keiner Weise berührt, und Bedenken an der Beseitigung der Kautionen können sonach nicht obwalten.

Auf der andern Seite liegt in der Beseitigung der Kautionen eine große Erleichterung für die Beamten selbst, und dies ist der durchschlagende Grund für ihre Beseitigung gewesen. Die Mehrzahl der Beamten ist nicht in der Lage, die Kautionen aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe von Verwandten und Freunden zu stellen und ihnen erwachsen aus jener Verpflichtung dabei regelmäßig schwere wirtschaftliche Nachteile. Beschaffen sie sich die Kaution von einer Lebensversicherungs-Gesellschaft, so haben sie die Prämienlast für die abgeschlossene Versicherung, sie haben außerdem die Kaution mit 5 Prozent zu verzinsen und erhebliche Beiträge zum Kautionsfonds zu entrichten. Noch höher sind die Lasten, wenn der Beamte sich an Kautionsbanken oder Privatdarleiher wendet. Aus allen diesen Gründen kann man die Vorlage dieses Gesetzes nur mit Freuden begrüßen und es darf erwartet werden, daß der Reichstag ihm ungesäumt seine Zustimmung erteilt.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Montag bei Fortsetzung der Beratung des Reichsamts des Innern seitens der Abgg. v. Czarlinski (Pole), Graf Stolberg (kons.), Frhr. v. Hertling und Hitze (Zentr.) Beschwerde über das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz erhoben. Die Redner des Zentrums befürworteten eine Ausscheidung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten aus dem Gesetze. Staatssekretär Graf Posadowsky verhielt sich gegenüber diesen Anregungen, die er für ganz indiskutabel bezeichnete, ebenso ablehnend wie gegenüber dem Verlangen nach Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Altersrente. Abg. Barth kritisierte das Börsengesetz, dessen Ausführung nur zu einer Zerstörung der Berliner Produktenbörse geführt und folglich auch den Landwirten geschadet habe. Die Abgg. Graf Arnim und Gamp (freik.) und Paasche (nat.-lib.) traten den Ausführungen des Abg. Barth entgegen.

Am 25. d. wird die zweite Etatsberatung beim Reichsamt des Innern, Titel „Börsenausschuß", fortgesetzt.

Abg. Barth (fr. Vgg.): Graf Arnim stellte gestern noch eine Verschärfung des Börsengesetzes in Aussicht für den Fall, daß das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Börsenausschusses in Sachen der Fernpalastversammlung der Berliner Getreidehändler bestätigen sollte. Er darf sich davon aber nicht allzuviel versprechen, denn die Getreidehändler denken gar nicht daran, in den Fernpalast zurückzukehren. Abg. Paasche wollte uns für die Mängel des Börsengesetzes verantwortlich machen. Darin liegt doch wohl ein Zugeständnis, daß die Agrarier nicht über die genügende Sachkunde verfügten, um ein wirksames Gesetz zu schaffen, denn sonst hätten sie es doch nicht zugelassen, daß wir ihr Werk verschlechterten. Die Bestimmungen aber, die den meisten Schaden angerichtet haben, sind von den Agrariern selbst in das Gesetz gebracht worden, vor allem das Verbot des Getreideterminhandels.

Abg. Hahn (wildkons.): Daß der Terminhandel nicht im Interesse der natürlichen Preisbildung liegt, ist in der Börsen-Enquete-Kommission auch von Berliner Börsenleuten ausdrücklich anerkannt worden. Mit Beseitigung des Terminhandels ist die Preisbildung eine ruhigere und gesundere geworden. Eine geregelte Preisbildung auf mittlerer Basis ist es aber, auf die die Wünsche der Landwirte hinausgehen. Jetzt muß noch der Berliner Frühmarkt als Börse erklärt und ebenso wie das Hallengeschäft in der Heiligengeistgasse unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Dann werden wir eine naturgemäße, gesunde Preisentwickelung haben.

Abg. Paasche (natl.): In der Kommission konnte man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Freisinnigen darauf ausgingen, das Gesetz so zu verschlechtern, daß es für die Regierung unannehmbar würde. Mit der Aufhebu[illegible] haben wir der deutschen Lan[illegible] einen großen Dienst geleistet. Abg. Frischbeck (fr. [illegible]folg des Börsengesetzes ist [illegible] Terminhandel eingeschränkt [illegible]spielt wird nach wie vor, [illegible] hat sich zurückgezogen. D[illegible]duktenbörse muß entschieden [illegible] wirtschaft wirken. Auf die [illegible] Terminhandel im Getreide[illegible] kommen können. Wir brau[illegible] Getreide und können uns [illegible] angemessenen Preise nur m[illegible] sichern. Die Berliner Getre[illegible] aus korrekt gehandelt. W[illegible] wird erst klar werden bei s[illegible]

Abg. Graf Arnim (freik[illegible]): [illegible] steigernde Wirkung konnte [illegible] nicht haben, so lange nic[illegible] gleichen Sinne vorgingen. [illegible] leider keine Schritte gethan, [illegible] Vereinbarung über die Me[illegible] ziehen. Eins hat aber u[illegible] größere Stetigkeit der Pr[illegible] Vorwürfe, wie sie Abg. Fris[illegible] des Gesetzes und besonder[illegible] Landwirte gerichtet hat, m[illegible] weisen. Das ganze Gesetz m[illegible] habt werden. Zum Schluß b[illegible] gesamte Material aus dem [illegible] palast-Versammlungen zuge[illegible] läßt sich daraus erkennen, [illegible] zu der ganz unbegreiflichen [illegible] konnte, daß jene Versamm[illegible] Börsengesetz fallen.

Abg. Schwarze (Zen[illegible]): [illegible] Abgg. Barth und Fischbe[illegible] schärferem Vorgehen der Be[illegible] Produktenbörse viel bessere [illegible] des Gesetzes für die Gesamtheit [illegible] würden.

Abg. Hilpert (bayr. [illegible]): [illegible] die Bauern in Bayern seien mit dem Börsengesetz ganz zufrieden; höhere Preise wollten sie garnicht, als zur Zeit bestanden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Statistisches Amt" befürwortet Abg. Werner (Antis.) möglichst schleunige Beseitigung der für die Assistenten durch Einführung des Altersstufensystems hervorgerufenen Schädigungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es sei nicht angängig, die Beamten eines einzelnen Amtes herauszugreifen. Er sei aber bereit, die Verhältnisse dieser Beamten nochmals eingehend zu prüfen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Normal-Aichungs-Kommission" bringt

Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.) die auffallend große Zahl von unrichtig oder gar nicht gestempelten Wagen und Gewichten in der Provinz Schlesien zur Sprache.

Staatssekretär Graf Posadowsky sagt Untersuchung des Uebelstandes zu.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt" beantragt

Abg. Müller-Sagan folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, zu dem Etat für das Reichsamt des Innern auf das Rechnungsjahr 1898 noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung des Reichstages einen Ergänzungsetat vorzulegen, durch den für Kapitel 12 — Gesundheitsamt — ein neuer Titel eingestellt wird: Zur Errichtung einer Biologischen Versuchsstation für wissenschaftliche Erforschung wirtschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Tieren . . . 30 000 Mk."

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, der Reichskanzler stehe diesem Antrage durchaus wohlwollend gegenüber. Eine solche Reichsanstalt lasse sich aber nicht aus der Erde stampfen, sie müsse sich allmählich entwickeln. Man werde also wohl warten müssen bis zum Etat für 1899/1900. Dann aber werde sich die Anstalt wohl ins Leben rufen lassen.

Abg. v. Kardorff fragt, weshalb man mit den Vorbereitungen für eine biologische Versuchsanstalt nicht bereits früher begonnen habe. In anderen Ländern sei man uns auf diesem Gebiete weit voraus. Eine Konferenz sei nicht mehr nötig.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die in Aussicht genommene Konferenz sei vom Abg. Schulz-Lupitz im vorigen Jahre selbst angeregt worden. Es sei auch notwendig die Frage gründlich zu erwägen, damit man bei der Organisation des Instituts auch das Richtige treffe.

Abg. Wurm (soz.) spricht sich für sofortige Annahme des Antrages Müller aus.

Darauf vertagt sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf über die Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten entspricht dem im Abgeordnetenhause beratenen Entwurfe in der Hauptsache. Die Rückgabe der Kautionen erfolgt innerhalb einer zweijährigen Frist nach dem Inkrafttreten des Gesetzes. Die über die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten bestehenden Bestimmungen bleiben unberührt.

* Ueber die Maßregeln zur Verbesserung der Hochwasser-Verhältnisse im Oder-Stromgebiet wird in der nächsten Zeit ein ausführliches Gutachten vom Ausschuß zur Untersuchung der Wasserverdältnisse in den Ueberschwemmungsgefahr besonders ausgesetzten Flußgebieten abgegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Eine in Wien eingetroffene Abordnung sächsischer Frauen aus Siebenbürgen, die dem Kaiser Franz Joseph eine Adresse mit der Bitte, das ungarische Gesetz über die Ortsnamen nicht zu sanktionieren, überreichen will, wird, wie verlautet, vom Kaiser nicht empfangen, sondern mit ihren Wünschen an die ungarische Regierung gewiesen werden.

* Der Statthalter von Böhmen Graf Coudenhove ist nach Wien berufen worden. Man bringt diese Berufung mit einem Statthalterwechsel in Böhmen in Verbindung. Graf Coudenhove soll durch den früheren Statthalter Grafen Franz Thun ersetzt werden, weil er das Verbot des Farbentragens auf eigene Faust erlassen hat.

* Aus Kroatien laufen abermals beunruhigende Meldungen ein. Zu der seit den Landtagswahlen herrschenden Gärung traten die Folgen der Mißernten hinzu. In einigen Bezirken herrscht Hungersnot. Dabei trägt die Regierung selbst die Erregung ins Volk, da sie alles mit roher Gewalt entscheidet. Die Sitzungen des Landtages nehmen einen geradezu skandalösen Verlauf; die Führer der Opposition, die den Kern des Kroatentums vertreten, werden von dem Regierungstroß auf dreißig, sechzig, ja achtzig Sitzungen, also auf ganze Tagungen, ausgeschlossen. Der Banus wagt den stürmischen Sitzungen gar nicht beizuwohnen.

Frankreich.

* Bezüglich der Petersburger Meldung über die scharfe Haltung Rußlands in Sachen Dalienwans (England verlangt die Oeffnung dieses Hafens, wogegen Rußland protestiert) erfährt die „Köln. Ztg." aus zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung lebhaft besorgt sei über die neueste Wendung und, selbst einer milderen Auffassung und Behandlung der Dinge zuneigend, ihren Botschafter angewiesen habe, in London beruhigend und vermittelnd einzuwirken, um ernstere Verwickelungen zwischen Rußland und England zu verhüten.

* Die Kammer nahm trotz des Einspruchs des Kriegsministers Billot mit 234 gegen 208 Stimmen einen Antrag Berry an, nach welchem eine Erinnerungsmedaille an den Krieg 1870/71 gestiftet werden soll.

* Die Erklärungen v. Bülows in der Budgetkommission des deutschen Reichstags haben in Paris den Eindruck gemacht, den jedermann voraussah: die Anhänger Dreyfus' erblicken darin den vollen Beweis der Unschuld des Deportierten, während die Regierungsorgane, wie „Eclair" den Versicherungen v. Bülows jede Glaubwürdigkeit absprechen. Trotzdem herrscht die Ueberzeugung, daß Mélines Tage gezählt sind und das neue Ministerium die Prozeßrevision vornehmen wird. Zolas Freunde bemühen sich, den Grafen Münster zur persönlichen Zeugenaussage in dem bevorstehenden Prozesse zu bewegen.

* Zola und der Direktor der „Aurore" überreichten dem Staatsanwalt eine Liste der von ihnen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vorgeschlagenen Zeugen. Die Zahl derselben beträgt 104. Es befinden sich darunter Casimir Perier, die früheren Minister Dupuy, Guérin, Develle, Ribot und Darlan, die Generale Mercier, Boisdeffre, Gonse und Pellieux, die Obersten du Paty de Clam, Picquart und Henry, die Majors Esterhazy und Forzinetti, Frau Dreyfus und Frau Boulancy sowie zahlreiche Sachverständige, Gelehrte und Schriftsteller, ferner Mitglieder der russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und englischen Botschaft. Einzelne Blätter heben die außerordentliche Bedeutung hervor, welche der Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow in der Dreyfussache gerade im gegenwärtigen Augenblicke zuzuschreiben ist. Zola verlangt Abschrift sämtlicher Aktenstücke aus dem ersten Dreyfus-Prozeß sowie des Briefes, auf Grund dessen die Veruurteilung Dreyfus' erfolgte.

* Bisher erhielt Zola über zehntausend Zustimmungs-Depeschen aus dem In- und Auslande. Der Vorsitzende des Schwurgerichts wird zweifellos die Oeffentlichkeit so weit als möglich beschränken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980129-10/fragment/page=0005